2 Politik

IN KÜRZE

Kirchenumbau vollendet

Der Anbau an der Johanniskirche wurde inzwischen eröffnet. Und mit Verzögerung konnte auch das Büro der Lydia-Gemeinde einziehen. »Denn der Telefonanschluss konnte erst drei Wochen nach Eröffnung aktiviert werden«, sagte Pastor Christoph Steffen.

»Alle Tage. Weiter Raum«: so lautete das Motto des Um- und Anbaus. Um die Betriebskosten zu senken, plante die Lydia-Gemeinde schon vor sechs Jahren, sich zu verkleinern. Das alte Gemeindehaus soll aufgegeben und vermietet werden, die Gemeindearbeit mit in die Kirche einziehen. Ein Teil des alten Gemeindehauses ist bereits vermietet.

Architekt Thomas Brewitt hat ganze Arbeit geleistet, dem Anbau durch ein Beleuchtungskonzept viel Sonnenlicht verliehen und zusätzliche Räume unter der Kirchenempore mit Glaswänden geschaffen. Neu ist auch: Der Anbau ist ab jetzt durch einen ebenerdigen Eingang auf der Rückseite barrierefrei. Die Kirchenuhr soll nach Wochen des Stillstands übrigens ebenfalls wieder laufen.

Schul-Container sind weg

Auf der Wiese neben dem Max-Planck-Gymnasium (MPG) herrscht wieder freie Sicht in Richtung Alm: 70 Container auf drei Geschossen wurden abgebaut, die dort den provisorischen Unterricht der Schüler beherbergt hatten.

Fast fünf Jahre stand die Containersiedlung auf der Wiese, die vorher gerne zum Bolzen benutzt wurde. Währenddessen musste das alte MPG nach Asbestfunden saniert werden.

Das Fundament der Siedlung, ein Raster aus Betonteilen, steht nach dem Abbau der Container dort noch immer. Offen ist, wann auch dieses entfernt werden und wann sich an der Stelle wieder bolzen lässt.



Keine Teilhabe im Turnraum

In älteren Schulgebäuden ist Inklusion nicht immer möglich. Ein Beispiel zeigt Rouven Ridder anhand der Stapenhorstschule



In der Stapenhorstschule bleibt der Turnraum für gehbehinderte Menschen unerreichbar.

>> Wren um die Inklusion kümmern«, sagte Pit Clausen (SPD) im TV-Duell vor der Stichwahl um das Amt des Oberbürgermeisters. »Die Menschen mit Behinderungen haben einen Anspruch darauf, in allen Lebensbereichen teilhaben zu können«.

Seit dem die Förderschulen weggefallen sind, sollen behinderte Menschen in allen Schulen »inkludiert«, also alle Kinder in allen Fächern gemeinsamen Unterricht erhalten. Allerdings gelingt das nicht überall, wie das jüngste Beispiel der Stapenhorstschule zeigt. Die hatte sich wegen Raumknappheit

um den Umzug in die Räume der Gutenbergschule beworben. Den Zuschlag dafür erhielt aber das Abendgymnasium. Nun muss die Stapenhorstschule an der Siechenmarschstraße erweitert werden.

Neuer Anbau kommt

Ein neuer Anbau soll entstehen, direkt auf dem Lehrerparkplatz. Während dann die Pädagogen auf die Suche nach alternativen Parkmöglichkeiten gehen, darf die Schule die Nutzung ihrer Räume umstrukturieren. Im neuen Bau zum Beispiel so: Lager- und Werkraum im Keller, Klassenraum und Toilettenanlage im Erdgeschoss, Verwaltungstrakt und Lehrerzimmer ganz oben. Mit den dadurch frei werdenden Kapazitäten im alten Bau könnte so schon einmal die Erweiterung der Mensa erfolgen. Und die ist seit der Einführung der Ganztagsschule dringend nötig.

Ein neuer Aufzug soll die neuen Räume auch für gehbehinderte Menschen erreichbar machen. Aber aus baulichen Gründen gilt das nicht für alle Bereiche: Der Gymnastikraum am Ende des Dachfirstes bleibt nach wie vor für diese Menschen unerreichbar. »Das würde schwierig werden«, sagte Stefan Jüncker vom Immobilien-Service-Betrieb (ISB), der der Stadt Bielefeld den Vorentwurf vorgelegt hat. Und dieser Vorschlag sei auch so angenommen worden, und der Architekt bereits mit der Umsetzung beauftragt. Das Problem sei die unterschiedliche Dachhöhe. »Es geht einfach nicht aufgrund des Baus«, sagte Jüncker. Und daher sei ein solches Vorhaben nicht nur technisch nicht möglich, sondern gar »illusorisch«.

Wolfgang Baum, Vorsitzender des Beirats für Behindertenfragen, kannte das Vorhaben gar nicht. »Normalerweise werden uns alle Vorhaben dieser Art für eine Stellungnahme vorgestellt«. Allerdings tagt der Beirat derzeit nicht. »Wir haben erst im August Neuwahlen. Im September sind dann die ersten konstituierenden Sitzungen«.

Es gibt also zwei Möglichkeiten: Die Schule weicht auf andere Turnhallen aus. Oder Eltern mit gehbehinderten Kindern schicken ihre Zöglinge auf eine andere Schule.

Kaum günstige Wohnungen

Für Betuchte ist die Wohnungssuche kein Problem. Für Sozialleistungsberechtigte wird es jedoch immer enger auf dem Bielefelder Wohnungsmarkt. Bernhard Wagner berichtet

Maximal 327 Euro, mehr erhalten Erwerbslose, Kranke und Rentner, die Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung bekommen, nicht für die Kaltmiete eines Einpersonenhaushaltes. Doch so billige Wohnungen gibt es kaum mehr. »Seit 2005 gilt der Betrag«, sagt der Sozialpolitiker der Linkspartei, Dirk Schmitz. »Die Mieten sind aber inzwischen stark gestiegen«. Diesen Trend bestätigt auch der örtliche Wohnungsmarktbericht. Im Jahr 2010 gab es noch rund 1.200 Angebote für entsprechend günstige Wohnungen, 2013 waren es grade noch 380.

Ulrike Gieselmann von der Sozialberatungsstelle Widerspruch e.V. schätzt, dass etwa ein Drittel der rund 20.000 Hartz-IV-Haushalte in Bielefeld bei ihrer Miete zuzahlen. Trotz ihres schmalen Budgets für den Lebensunterhalt. Im Durchschnitt etwa

60 Euro im Monat. Sie sparen sich die zusätzlichen Mietkosten regelrecht vom Munde ab.

Erhöhung beantragt

Die Linkspartei hat deshalb im Stadtrat eine Erhöhung für die Kosten der Unterkunft beantragt, welche die Kommune für Sozialleistungsberechtigte übernimmt. Sie kann sich dabei auf ein Urteil des Bundessozialgerichtes berufen. Das Gericht hatte den Kommunen die Vorlage eines schlüssigen Konzeptes auferlegt, nach dem die Wohnungskosten berechnet werden können. Denn was in Herford als angemessene Miete gelten kann, ist im teuren Düsseldorf wenig wert. »Dieses Konzept fehlt in Bielefeld vollständig«, bemängelt Dirk Schmitz. Belastbare Zahlen, ob der Wohnungsmarkt überhaupt genug güns-

tigen Wohungraum bietet, liegen auch dem Sozialamt nicht vor. Leiterin Susanne Schulz weiß, dass es in »Einzelfällen schwierig sein kann, eine Wohnung zu finden«. Allerdings verweist sie darauf, dass Bielefeld im Vergleich zu anderen Kommunen die Kosten der Unterkunft flexibel und großzügig handhabe. So würden für einen Einpersonenhaushalt 53 qm statt der vorgeschriebenen 50 anerkannt. Für energetisch sanierten Wohnraum gibt es einen Klimabonus und für soziale Härten existieren zahlreiche Ausnahmeregelungen.

Obwohl alle anderen Ratsfraktionen eine Anpassung der Unterkunftskosten verweigerten, gibt sich die Linksfraktion noch nicht geschlagen. Sozialpolitiker Schmitz ermuntert nun die Betroffenen, den Rechtsweg zu beschreiten: »Wer klagt hat sehr gute Chancen, dass die Stadt auch höhere Unterkunftskosten übernehmen muss«.





